

## PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 18.02.2022

**Pressekontakt: Dr. Nergiz 030 450 89 119**

### **2. Gedenktag an rassistischen Anschlag von Hanau | BZI Vorsitzender Memet Kilic: “Die Erinnerung an Hanau geht alle an!”**

*Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) erinnert anlässlich des zweiten Gedenktages des rassistischen Anschlags von Hanau an alle Betroffenen rassistischer Gewalt.*

“Der 19. Februar 2020 stellt für die Überlebenden, die Opferangehörigen und all diejenigen, die von rassistischer Gewalt und Ausgrenzung bedroht sind, eine Zäsur dar – jedoch nicht für die Politik! Rassismus ist überall und gegenwärtig und verstärkt sich dort, wo er geduldet, relativiert oder gar ganz vom Staat ausgeblendet wird”, mahnt BZI-Vorsitzender Memet Kilic.

Trotz gesetzlicher Verschärfungen nach dem Anschlag von Hanau, z. B. im Waffenrecht, bewertet Kilic die Bedrohungslage als alarmierend. “Laut Bundesregierung ist Waffenbesitz von Rechtsradikalen sogar um ein Drittel gestiegen”, und setzt fort, “Hanau und Rassismus ist überall und allgegenwärtig. Der Staat muss agieren bevor Rechtsradikale zu Täter\*innen werden - wie in Kassel, Halle oder Hanau.”

### **19. Februar muss anerkannter Gedenktag zur kollektiven Erinnerung werden!**

Gedenken und Trauern reiche aber nicht aus für eine würdige Erinnerungsarbeit an die Opfer und Solidarität mit Angehörigen, so der BZI. Es brauche vielmehr ein Bewusstsein dafür, dass die Tat in Hanau zur Kontinuität von rassistischen Anschlügen in Deutschland - wie z.B. in Rostock, Hoyerswerda, Solingen, Mölln - gehört!

Die kollektive Aufarbeitung und Erinnerung sei “bitter nötig und überfällig”, so Kilic. Deshalb fordert der BZI einen Gedenktag für Rassismusopfer in Deutschland am 19. Februar sowie eine Enquete-Kommission bzw. einen Fachausschuss im Bundestag, um Gegenmaßnahmen zum strukturellen Rassismus zu erarbeiten.

### **Keine plurale Demokratie – ohne plurale Akteur\*innen!**

Um rassistische Denk- und Handlungsmuster langfristig abzubauen, fordert der BZI Antirassismusbildung als Pflichtkurs in allen Lehr- und Ausbildungen und vielfältige Akteur\*innen in Politik und Verwaltung. “Mehr Diversität in Politik und Verwaltung’ ist heute Trend -“, mahnt Kilic, “was fehlt, ist die Umsetzung. Wer Diversität möchte, muss die Karten von Repräsentation und Gestaltungsmacht neu verteilen.

Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) hat mit dem Aufruf „19.02.2020 – Hanau muss Erinnerung aller werden!“ eine bundesweite Aktion mit zahlreichen Veranstaltungen initiiert, darunter auch eine Lichtprojektion auf diversen Flächen in den Städten Berlin, Bremen, Stuttgart und Wiesbaden. Alle Informationen zur Aktion finden Sie unter:

<https://bzi-bundesintegrationsrat.de/hanaugedenken/>